

Vereinte Nationen: Ärger im Paradies

Von [David Kopel](#)

[Americas First Freedom](#) | 23. Oktober 2015



Obwohl die Chancen für eine Ratifizierung des [Vertrags über den Waffenhandel](#) (ATT) im derzeitigen Senat gering sind, was vor allem den NRA-Aktivisten bei den letzten Wahlen zu verdanken ist, ist der ATT in den 72 [Ländern](#), die ihn ratifiziert haben, in Kraft. Unter Mitwirkung der Vereinten Nationen hat die internationale Waffenverbotslobby die offiziellen Strukturen für eine globale Kampagne gegen Waffenbesitzer geschaffen. Auf der ersten Konferenz der Vertragsstaaten des ATT in [Cancún](#), Mexiko, Ende August wurden wichtige Fortschritte erzielt. Insbesondere haben sie den Grundstein für eine UN-Bürokratie gelegt, die ihre eigene Agenda verfolgen kann.

Der ATT ist im Dezember 2014 in Kraft getreten. Die Tagung in Cancún war der erste Schritt zur Einrichtung eines offiziellen UN-Büros, eines „Sekretariats“, das den Vertrag verwalten soll. Vorbereitende Treffen fanden zuvor in Mexiko-Stadt, Berlin, Port of Spain, Wien und Genf statt. Die Beauftragung eines südafrikanischen Regierungsbeamten mit der Leitung des ATT war ein wichtiger Schritt auf dem Weg, den Vertrag zu einem Instrument für den globalen Krieg der Vereinten Nationen gegen Waffenbesitzer zu machen.

Das erste Ziel von Waffengegnern und U.N.-Bürokratie war, die National Rifle Association davon abzuhalten, das Geschehen zu beobachten. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) dürfen oft an UN-Sitzungen teilnehmen, nachdem sie ein Verfahren zur formellen Anerkennung durch die UN durchlaufen haben; die NRA hat dies auch gemacht.

Bei den ersten Vorbereitungstreffen für die Konferenz in Cancún schloss die UNO die NRA, die Heritage Foundation [Die [HF](#) ist ein einflussreicher konservativer Thinktank, Anm. d. Üs.] und Vertreter der Feuerwaffenindustrie aus. Die Treffen waren nur für Nichtregierungsorganisationen zugänglich, die den Vertrag „aktiv unterstützen, nicht aber für Kritiker.

Als Reaktion auf den Ausschluss der NRA, der Heritage Foundation, der Industrie und anderer Organisationen schickte der US-Abgeordnete Mike Kelly (Republikaner, aus Pennsylvania) ein Protestschreiben an Präsident Barack Obama. Das US-Außenministerium boykottierte das Vorbereitungstreffen in Berlin, um gegen die Ausschlüsse zu protestieren. Daraufhin wurden die nachfolgenden Treffen für alle Seiten geöffnet, ebenso die offizielle Konferenz in Cancún.

Was hat die Konferenz in Cancún tatsächlich erreicht? Zum einen wählten die Delegierten das erste Sekretariat des ATT-Büros, Simon D. Dladla, Direktor der Abteilung für konventionelle Rüstungskontrolle im südafrikanischen Verteidigungsministerium. Südafrika ist ein perfektes Beispiel für die Heuchelei der Vereinten Nationen im Allgemeinen und des ATT im Besonderen. Südafrika hat strenge Gesetze – viel strenger als der ATT vorsieht – gegen den Export von Waffen an Regierungen, die die Menschenrechte verletzen. Dennoch beteiligt sich die südafrikanische Regierung aktiv am Waffenschmuggel zugunsten der schlimmsten Menschenrechtsverächter, wie etwa das völkermordende Regime von Robert Mugabe in Simbabwe. Bei den Vereinten Nationen ist Südafrika ein wichtiger Akteur und nutzt seinen Einfluss, um die berüchtigtsten Regime der Welt zu schützen, wie etwa die Militärdiktatur in Birma.

Im eigenen Land wird der repressive Firearms Control Act [also das südafrikanische Waffengesetz, Anm. d. Übers.] mit besonderer Strenge gegen Schwarze und Frauen durchgesetzt, so dass diese in einem Land mit sehr hohen Zahlen bei Mord und anderen Gewaltverbrechen schutzlos sind. Die Beauftragung eines südafrikanischen Regierungsbeamten mit der Leitung des ATT war ein wichtiger Schritt, um den Vertrag zu einem Instrument für den globalen Krieg der Vereinten Nationen gegen Waffenbesitzer zu machen.

Auf der Konferenz von Cancún wurde Genf als Sitz des ATT-Sekretariats gewählt. Genf ist, gemessen an der Zahl der UN-Büros, nach New York City der zweitgrößte Sitz der Vereinten Nationen. Zu diesen Büros gehören die UN-Konferenz für Abrüstung und das UN-Institut für Abrüstungsforschung. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die sich auf Abrüstungsfragen konzentrieren, haben dort ebenfalls ihren Sitz. An der Universität Genf ist das Small Arms Survey angesiedelt, die weltweit führende Forschungsorganisation für Waffenkontrolle. In der Tat ist Genf die globale Hauptstadt der Abrüstung. In Genf wird sich das ATT-Sekretariat im Einflussbereich der größeren und finanziell besser ausgestatteten Abrüstungsorganisationen befinden. Im Laufe der Zeit wird sich der ATT dadurch wahrscheinlich zu einer völkerrechtlichen Grundlage für die Entwaffnung der Bürger entwickeln anstatt lediglich die Waffenverkäufe an Menschenrechtsverletzer zu beschränken.

Eine der wichtigsten Fragen war die Rolle des neuen ATT-Sekretariats. Wird das Sekretariat nur verwaltungstechnische Aufgaben wahrnehmen, wie z. B. die Einholung nationaler Berichte und die Veröffentlichung derjenigen, die nicht vertraulich sind? Oder wird das Sekretariat eine weltweite Führungsrolle übernehmen und neue Regeln zur Kontrolle von Waffen vorschlagen, die angeblich als eine Angelegenheit des internationalen Rechts befolgt werden sollten? Die Delegation des US-Außenministeriums sprach sich zum Glück nur für die erste, begrenzte Rolle aus.

Doch der Präsident der Konferenz, ein Vertreter Mexikos, wich in einem ungewöhnlich perfiden politischen Manöver von der Tagesordnung ab und schaffte es, den Grundstein für ein mächtiges, aggressives Sekretariat zu legen. Im Entwurf des Abschlussberichts der Konferenz heißt es, „der Präsident habe vorgeschlagen“, dass das Sekretariat die Befugnis erhalten solle, „bewährte Praktiken bei der Umsetzung und Anwendung des Vertrags zusammenzutragen“ und „Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen und die Notwendigkeit von Anpassungen bei der Umsetzung zu ermitteln“. Obwohl die Formulierung nichtssagend ist, war dies ein wichtiger Schritt in Richtung des Sekretariats Dladla und seiner Nachfolger, die dadurch in der Lage sind, ein globales Gesetz zur Kontrolle von Waffen zu verkünden.

Ted Bromund, Wissenschaftler der Heritage Foundation, nahm an der Konferenz in Cancun teil. Wie er in einer Artikelserie für *The Weekly Standard* im August erläuterte, geht der Vertrag davon aus, dass Regierungen, die Waffen an Menschenrechtsverletzer liefern, diese Tatsache in ihren ATT-Berichten klar offenlegen und sich dafür entscheiden werden, die Berichte öffentlich zugänglich zu machen – obwohl der ATT ausdrücklich erlaubt, dass die Berichte vertraulich eingereicht werden. Theoretisch werden die Menschen dann die Regierungen, die Waffen verkaufen, kritisieren, und diese Regierungen werden einfach aufhören, illegal Waffen zu verkaufen.

Diese Theorie könnte funktionieren, wenn alle Regierungen der Welt Demokratien wären, die sich der Transparenz verpflichtet fühlen. Lange bevor sich die Vereinten Nationen mit der Kontrolle von Waffen befassten, haben die Vereinigten Staaten beispielsweise das weltweit strengste System für die öffentliche Berichterstattung über Waffenexporte eingeführt. Folglich haben die Vereinigten Staaten den ATT nie gebraucht. Wenn eine andere Regierung es mit den Ausfuhrkontrollen ernst meint, kann sie einfach den US-Gesetzen ähnliche Versionen verabschieden. Wie das Beispiel Südafrika zeigt, bedeutet das Vorhandensein guter Gesetze nicht unbedingt, dass die Regierung sie auch befolgt.

Aber Länder wie Russland und China – wichtige Waffenlieferanten für Menschenrechtsverletzer – haben den ATT nicht unterzeichnet. Auf internationalen Konferenzen behaupten sie, sie hätten strenge ethische Standards für ihre Exporte, aber jeder weiß, dass dies eine Lüge ist. Tatsächlich erklärte China auf der Konferenz kühn, dass nur ein im Konsens angenommener Vertrag universell umgesetzt werden kann, und dass China niemals Waffen an nichtstaatliche Akteure liefert.

Die Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Abrüstung einsetzen, produzieren untermessen Unmengen von Berichten und Reden über die wirklichen Probleme von Waffen in den Händen afrikanischer Kriegsherren, von Kämpfern in Bürgerkriegen im Nahen Osten und so weiter. Aber die NGOs sind äußerst zurückhaltend, wenn es darum geht, Russland, China, den Iran und ähnliche Länder für die Lieferung dieser Waffen zu kritisieren. Die einzige Möglichkeit für ein Land, auf einer UN-Konferenz zur Kontrolle von Waffen direkt kritisiert zu werden, besteht darin, dass dieses Land ein Verbündeter der Vereinigten Staaten ist.

Für alle anderen gilt ein doppelter Standard. Bromund berichtet von einem Konferenzgerücht, wonach die führende internationale Anti-Waffen-Lobby, Control Arms, eine Reihe afrikanischer Regierungsvertreter für die Teilnahme an Cancun bezahlt hat. Einige dieser Delegierten konnten jedoch nicht teilnehmen. Ihnen war der Transit der USA nicht möglich, da sie auf US-Sanktionslisten stehen, die bekannten Menschenrechtsverletzern die Einreise in die Vereinigten Staaten untersagen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die internationale Anti-Waffen-Lobby mehr an der Konfiszierung von Waffen als an der Förderung der Menschenrechte interessiert ist.

Im Rahmen einer „Nebenveranstaltung“ in Cancún veranstalteten die Regierungen Mexikos, Belgiens, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs eine Party anlässlich der Veröffentlichung eines neuen Buches, [Weapons and International Law: The Arms Trade Treaty](#). [deutsch: „Waffen und Völkerrecht: Der Vertrag über den Waffenhandel“, Anm. d. Übers.]. In dem Buch wird der Standpunkt vertreten, dass Selbstverteidigung kein „individuelles Menschenrecht ist, das allgemein ausgeübt werden kann“. Das ist in der Tat die grundlegende Frage in der Debatte über Waffenkontrolle durch die UNO: Haben die Menschen ein Menschenrecht, sich gegen gewöhnliche Kriminelle und gegen kriminelle Regierungen, die z.B. einen Völkermord begehen, zu verteidigen? Die UNO sagt „Nein“. Die NRA sagt „Ja“.

Dieser Kampf wird noch einige Zeit weitergehen. Die nächste Konferenz der Vertragsstaaten wird 2016 in der zweiten Jahreshälfte in Genf stattfinden, wo die Waffengegner den ATT und sein Sekretariat als Instrumente für globale Waffenverbote weiter ausbauen werden.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**United Nations: Trouble In Paradise**“ kann man hier abrufen: <https://www.americas1stfreedom.org/articles/2015/10/23/united-nations-trouble-in-paradise/>